

ZUSAMMENFASSUNGEN

Michael Bergmann / Laura Konzelmann / Hans Rattinger

Deutschland auf dem Weg in die „Rentner-Demokratie“? – Eine empirische Untersuchung altersspezifischer Einstellungsunterschiede und ihrer Bedeutung für das Wahlverhalten auf Basis einer aktuellen Bevölkerungsumfrage

Der demografische Wandel ist eine der zentralen Herausforderungen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen die negativen Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme. Dagegen hat die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit potenziellen Folgen der gesellschaftlichen Alterung auf politische Einstellungen und politisches Verhalten der Bürger bislang vergleichsweise wenig Beachtung gefunden. Auf Basis aktueller Daten stellt dieser Beitrag individuelle Einstellungen von Jung und Alt einander gegenüber, um anschließend potenzielle Einflussfaktoren eines systematisch unterschiedlichen Stimmverhaltens zu untersuchen. Es zeigt sich, dass zum Teil deutliche altersspezifische Einstellungsunterschiede bestehen, die – wenn auch in geringem Ausmaß – Folgen für das Wahlverhalten besitzen.

Frank Schimmelfennig

Zwischen Neo- und Postfunktionalismus: Die Integrationstheorien und die Eurokrise

Die Eurokrise stellt die Europäische Union, aber auch die Theorien der europäischen Integration vor eine beispiellose Herausforderung. Der Intergouvernementalismus, der die anfängliche Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion noch schlüssig erklären konnte, verliert in der Krise an Erklärungskraft. Die auf exogenen Präferenzen und staatlicher Verhandlungsmacht beruhende intergouvernementale Integrationslogik wird abgelöst durch die neofunktionalistische Logik: transnationale Verflechtung, supranationale Autonomie, endogene Präferenzen, Pfadabhängigkeit und Spillover treiben die Entwicklung. Integrationsfortschritte in der Fiskalpolitik sind die Folge. Zugleich nimmt jedoch die vom Postfunktionalismus erwartete Politisierung der Integration und euroskeptische Mobilisierung zu, die den Zusammenhalt der Eurozone und die weitere Integration gefährdet. Bisher dominiert die neofunktionalistische Logik allerdings.

Peter Knoepfel / Patrick Csikos / Jean-David Gerber / Stéphane Nahrath

Transformation der Rolle des Staates und der Grundeigentümer in städtischen Raumentwicklungsprozessen im Lichte der nachhaltigen Entwicklung

Dem raumplanenden Kommunalstaat fällt es schwer, sich gegen zunehmend mächtigere Kapitalverwertungsinteressen von Investoren und Grundeigentümern aber auch gegen eigene Verwertungszwänge durchzusetzen. Der Beitrag fordert zu einer Belebung der seit den späten Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts politisch kaum mehr geführten Bodenrechtsdebatte auf. Basierend auf umfangreichen empirischen Untersuchungen zu städtebaulichen Großprojekten, die sich oft auf Public-Private-Partnership-Modelle abstützen,

werden u. a. die Rolle des Staates als raumplanerischer Türöffner für Kapitalverwertungsinteressenten, neue verschachtelte und durch Verbriefung schwer durchschaubare Eigentümerstrukturen sowie daraus resultierende Erschwernisse einer politischen Raumsteuerung gezeigt, die sich negativ auf eine nachhaltige Raumentwicklung auswirken. Als Fazit werden Nachhaltigkeitsdefizite aufgezeigt, die überhitzten und renditengetriebenen Bodennutzungen zugeschrieben werden.

Stefan Marschall / Martin Schultze

Normalisierung oder Mobilisierung? – Die Auswirkungen politischer Online-Kommunikation auf die Wahlbeteiligung am Beispiel einer Internet-Applikation zur Bundestagswahl 2009

Inwiefern politische Online-Kommunikation auf die politische Beteiligung wirkt, wird kontrovers diskutiert: Während die Normalisierungsthese davon ausgeht, dass Internet-Kommunikation bestehende Partizipationsungleichheiten zementiert, besagt die Mobilisierungsthese, dass Online-Kommunikation in der Lage ist, zuvor politikferne Gruppen zur Beteiligung zu bewegen. Die Studie leistet einen empirischen Beitrag zu dieser Kontroverse, in dem sie die Wirkungen einer populären Internet-Applikation, des „Wahl-O-Mat“, auf die Wahlbeteiligungsabsicht bei der Bundestagswahl 2009 analysiert. Die Ergebnisse unterstützen die Mobilisierungsthese.

Tobias Wiß

Rentenprivatisierung in Bismarck-Ländern: Zur Rolle der Sozialpartner als Vetospieler

Der Artikel untersucht die Rolle der Sozialpartner beim Wandel der Alterssicherung in vier Bismarck-Ländern: Deutschland, Österreich, Belgien und Italien. Während der Fokus bisherigerer Analysen auf parteipolitischen Akteuren und staatlichen Renten lag, erweitert der Beitrag die Analyse um nicht-staatliche Akteure (Sozialpartner) und nicht-staatliche Sozialpolitik (betrieblichen Altersvorsorge). Erst durch die Ergänzung und Verfeinerung von Ansätzen zu Vetospielern und Vetoansätzen kann sowohl die politisch-parlamentarische als auch die kollektive Arena Eingang in Analysen finden, um so die gesamte Macht und Rolle der Sozialpartner zu erfassen. Zentrales Ergebnis ist, dass weitreichende Rentenreformen in Bismarck-Ländern mit vielen Vetomöglichkeiten zu beobachten sind, wenn Regierungen die Sozialpartner durch Reformpakete für sich gewinnen und wenn die Sozialpartner künftig mit (Veto-)Macht rechnen können.

Eva Herschinger / Markus Jachtenfuchs

Informell oder institutionalisiert? Die Internationalisierung der inneren Sicherheit

Obwohl die internationale Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit kein neues Phänomen ist, wurde sie von der politikwissenschaftlichen Forschung und den Internationalen Beziehungen (IB) bislang kaum beachtet – obwohl diese Kooperation mit dem Gewaltmonopol einen Kernbereich von Staatlichkeit betrifft. Der Literaturüberblick reinterpretiert daher die bestehenden Arbeiten aus dem Blickwinkel zentraler IB-Theorien, um diese Studien für die IB im Speziellen und für die politikwissenschaftliche Forschung im

Allgemein zugänglich zu machen. Anhand eines stilisierten „Thesenwettbewerbs“ ordnet der Bericht die über verschiedene Disziplinen verstreute Literatur zur inneren Sicherheit. Während beide Thesen ähnlich der funktionalistischen Regimetheorie argumentieren, legt die „Informalitätsthese“ den Akzent auf die Aufrechterhaltung staatlicher Handlungsfähigkeit und auf informelle Zusammenarbeit; die „Institutionalisierungsthese“ betont die Bereitschaft von Staaten, Einschränkungen in ihrer Autonomie hinzunehmen, um angesichts grenzüberschreitender Probleme Effizienzgewinne durch die Schaffung formaler und starker Institutionen zu erzielen. Durch diese Gegenüberstellung in zentralen Feldern der Kooperation (Terrorismus, Drogen, Geldwäsche, organisierte Kriminalität) zeigen wir, dass innere Sicherheit ein fruchtbares Politikfeld für eine konsequente Anbindung an IB- und politikwissenschaftliche Theorien ist.